

04/ 2022

## Häusliches Arbeitszimmer steuerlich absetzen

### Bundesfinanzrichter stärken Position der Steuerpflichtigen

Aufgrund der Corona-Krise mussten viele Arbeitnehmer und Selbständige umdenken. Flexibilität war in den letzten zwei Jahren mehr denn je gefragt. Auch wenn sich die Gesellschaft jetzt wieder zu öffnen scheint, sodass das Leben wieder in vollen Zügen genossen werden kann, könnte der Schein auch trügen. Und sofern neue Lockdowns und Einschränkungen am Arbeitsplatz greifen, kann ein häusliches Arbeitszimmer durchaus die nötige Sicherheit und Beständigkeit für die berufliche Tätigkeit bieten.

### Hohe Hürden für steuerliche Anerkennung eines häuslichen Arbeitszimmers

Die Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer können allerdings gar nicht so leicht steuerlich geltend gemacht werden. Denn der Gesetzgeber hat hier viele Hürden eingebaut. Nur wenn das häusliche Arbeitszimmer den Mittelpunkt der gesamten beruflichen Tätigkeit darstellt, dürfen die Kosten in vollem Umfang abgezogen werden. Maßgebend ist hierbei der inhaltlich qualitative Schwerpunkt der Tätigkeit. Der zeitliche Aspekt kann aber auch eine gewisse Indizwirkung haben, wenn die Tätigkeit an drei von fünf Tagen in der Woche zu Hause ausgeübt wird.

Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, können die Kosten allenfalls bis zum Höchstbetrag von 1.250 Euro geltend gemacht werden. Doch auch hier gibt es weitere Einschränkungen. Voraussetzung ist, dass kein anderer Arbeitsplatz (beispielsweise beim Arbeitgeber) zur Verfügung steht.

### Einkunftserzielung reicht für Abzugsberechtigung aus

Dass ein Arbeitszimmer für die jeweils ausgeübte Tätigkeit überhaupt benötigt wird, ist für die steuerliche Anerkennung hingegen unerheblich. So entschied der Bundesfinanzhof bereits 2019, dass für die Abzugsfähigkeit von Aufwendungen lediglich die generelle Veranlassung durch die Einkünfterzielung genügt.

In dem zu entscheidenden Fall hatte eine Flugbegleiterin geklagt, die sich im Einfamilienhaus ein häusliches Arbeitszimmer eingerichtet hatte, für welches sie den beschränkten Werbungskostenabzug in Höhe von 1.250 Euro für die unstrittig nachgewiesenen Aufwendungen beantragte. Sowohl das Finanzamt als auch das Finanzgericht lehnten den Werbungskostenabzug mit der Begründung ab, dass ein Arbeitszimmer für eine Flugbegleiterin nicht erforderlich sei. Zwar stünde ihr für einige ihrer beruflichen Arbeiten kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung. Gleichwohl käme ein Werbungskostenabzug nicht in Betracht, weil das vorgehaltene Arbeitszimmer für ihre Tätigkeit als Stewardess nicht erforderlich sei. Schließlich müsse sie nur in einem geringfügigen Umfang von unter 3,1 % ihrer gesamten Arbeitszeit Bürotätigkeiten verrichten, für die ihr kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht.

04/ 2022

Die Bundesfinanzrichter bestätigten hingegen die Auffassung der Flugbegleiterin, dass die „Erforderlichkeit“ kein Merkmal des Abzugstatbestands für ein häusliches Arbeitszimmer ist. Das Gesetz schließt den Werbungskostenabzug nur dann vollständig aus, wenn dem Steuerpflichtigen ein anderer geeigneter Arbeitsplatz (bspw. beim Arbeitgeber) zur Verfügung steht.

## **Private (Mit-)Nutzung ist schädlich**

Die Klarstellung durch den Bundesfinanzhof ist zwar sehr zu begrüßen, weil dadurch prinzipiell jeder Steuerpflichtige ein häusliches Arbeitszimmer steuerlich zumindest bis zum Höchstbetrag von 1.250 Euro geltend machen kann, beispielsweise auch ein Rentner, der noch Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung erzielt.

Andererseits darf nicht verkannt werden, dass das Arbeitszimmer dennoch (nahezu) ausschließlich zur Einkünfteerzielung verwendet werden muss und dass keine schädliche private (Mit-)Nutzung vorliegen darf. Hieran wird es in der Praxis aber oftmals fehlen, weil der Nachweis der (nahezu) ausschließlichen betrieblichen oder privaten Nutzung meist nicht gelingt. Die Kosten, wie die anteilige Abschreibung oder Miete, Betriebskosten für Strom, Heizung, Wasser, Grundsteuer etc. sind allerdings nur abziehbar, wenn es sich um einen abgeschlossenen Raum handelt, der nahezu ausschließlich beruflich genutzt wird. Das ist beispielsweise bei einem Durchgangszimmer oder einer Arbeitsecke im Wohn- oder Schlafzimmer nicht der Fall, sodass die anteiligen Kosten nicht abgezogen werden dürfen.

## **Finanzverwaltung fordert Nachweise**

Die Finanzverwaltung ist hierbei relativ gut aufgestellt, da sie vor einer Entscheidung vom Steuerpflichtigen umfangreiche Angaben über Fragebögen anfordert. Bei Arbeitnehmern kommt erschwerend hinzu, dass der Werbungskostenabzug in der Regel nur anerkannt wird, wenn auch eine Bescheinigung des Arbeitgebers zur Notwendigkeit des Arbeitszimmers vorgelegt wird. Hierfür gibt es zwar keine Rechtsgrundlage. Allerdings bleibt dann im Zweifel nur der Klageweg. Es ist dabei auch nicht ausgeschlossen, dass sich das Finanzamt vor der Gewährung zu einem Besichtigungstermin ankündigt oder weitere Nachweise, wie Fotos oder Skizzen und eine Aufstellung zur tatsächlichen Nutzung des Arbeitszimmers anfordert.

**Tipps:** Wer also ein häusliches Arbeitszimmer steuerlich geltend machen möchte, der sollte gut auf die Fragen und Anforderungen des Finanzamtes vorbereitet sein. Sprechen Sie Ihren Steuerberater an. Er wird sie gern bei der Beantragung unterstützen!

## **Nachweis für Arbeitszimmernutzung während der Corona-Pandemie weniger streng**

Aufgrund der Corona-Krise hat die Finanzverwaltung für den Zeitraum Anfang März 2020 bis Ende Dezember 2022 gewisse Erleichterungen für den Nachweis der Notwendigkeit eines häuslichen Arbeitszimmers gewährt.

04/ 2022

Aufwendungen bis zur Höhe von 1.250 Euro können in diesem Zeitraum daher auch dann geltend gemacht werden, wenn ein anderer Arbeitsplatz (beim Arbeitgeber) zur Verfügung stand, aber der Empfehlung der Bundesregierung, möglichst im Homeoffice zu arbeiten, Folge geleistet wurde. Wird die berufliche oder betriebliche Betätigung während der Corona-Pandemie ausschließlich oder zeitlich überwiegend im häuslichen Arbeitszimmer ausgeübt, liegt sogar der Mittelpunkt der betrieblichen oder beruflichen Betätigung im häuslichen Arbeitszimmer, sodass der Werbungskosten- bzw. Betriebsausgabenabzug nicht begrenzt ist. Der Zeitraum der Corona-Pandemie ist dabei allerdings grundsätzlich einheitlich zu beurteilen.

### **Tipps: Homeoffice-Pauschale statt tatsächlicher Kosten abziehbar**

Wer nicht über einen abgeschlossenen Raum verfügt, den er als häusliches Arbeitszimmer geltend machen kann, der kann die im Jahr 2020 eingeführte Homeoffice-Pauschale von 5 Euro für jeden Arbeitstag, an dem er ausschließlich im Homeoffice tätig war, maximal 600 Euro pro Jahr, steuerlich geltend machen.

## **FAQ zur Beschäftigung ukrainischer Kriegsflüchtlinge**

Flüchtlinge im Gesundheitswesen ohne bürokratische Hürden beschäftigen?

### **1. Ist für ukrainische Staatsangehörige die Einreise nach Deutschland möglich?**

Seit 2017 besteht die EU-Visafreiheit für ukrainische Staatsbürger, sofern sie über einen biometrischen Reisepass verfügen. Ist dies nicht der Fall, wird ihnen ein Schengen-Visum erteilt. In beiden Fällen dürfen sich ukrainische Staatsangehörige an 90 Tagen im Halbjahr in der EU und damit in Deutschland rechtmäßig aufhalten, jedoch keine Erwerbstätigkeit ausüben.

### **2. Gibt es Sonderregelungen für ukrainische Staatsangehörige, die vor dem Krieg in ihrem Land nach Deutschland geflüchtet sind?**

Am 8. März ist die Ukraine-Aufenthalts-Übergangsverordnung in Kraft getreten, die bis zum Ablauf des 23. Mai 2022 gilt. Nach dieser Vorschrift sind Ausländer, die sich am 24. Februar 2022 in der Ukraine aufgehalten haben und die bis zum Außerkrafttreten dieser Verordnung in das Bundesgebiet eingereist sind, ohne den für einen langfristigen Aufenthalt im Bundesgebiet erforderlichen Aufenthaltstitel zu besitzen, vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit. Dies gilt auch für ukrainische Staatsangehörige, die am 24. Februar 2022 einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Ukraine hatten, aber die sich zu diesem Zeitpunkt vorübergehend nicht in der Ukraine aufgehalten haben, sowie für in der Ukraine anerkannte Personen

04/ 2022

und jene, die in der Ukraine internationalen oder gleichwertigen nationalen Schutz genießen. Selbstverständlich gilt diese Befreiung vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels auch für ukrainische Staatsangehörige, die sich am 24. Februar 2022 bereits rechtmäßig im Bundesgebiet aufgehalten haben, ohne den für einen langfristigen Aufenthalt im Bundesgebiet erforderlichen Aufenthaltstitel zu besitzen.

### **3. Dürfen ukrainische Staatsangehörige in Deutschland eine Erwerbstätigkeit ausüben?**

Grundsätzlich dürfen nur Ausländer, die einen Aufenthaltstitel besitzen, eine Erwerbstätigkeit ausüben. Dies gilt auch für ukrainische Kriegsflüchtlinge. Die Zulassung ausländischer Beschäftigter orientiert sich an den Erfordernissen des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Deutschland unter Berücksichtigung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt und ist unter den Voraussetzungen der Fachkräfteeinwanderung möglich.

### **4. Gibt es für ukrainische Kriegsflüchtlinge auch andere Möglichkeiten eine Beschäftigung in Deutschland aufzunehmen?**

Einem Ausländer, dem aufgrund eines Beschlusses des Rates der Europäischen Union gemäß der Richtlinie 2001/55/EG (*Massenzustromrichtlinie*) vorübergehender Schutz gewährt wird und der seine Bereitschaft erklärt hat, im Bundesgebiet aufgenommen zu werden, wird für die Dauer von zunächst einem Jahr eine Aufenthaltserlaubnis erteilt ([§ 24](#) Aufenthaltsgesetz). Dieser Beschluss des Rates der Europäischen Union ist am 04.03.2022 im Amtsblatt der EU veröffentlicht worden und am gleichen Tag in Kraft getreten.

Der Aufenthaltstitel nach [§ 24 AufenthG](#) ermöglicht zwar grundsätzlich nicht die Aufnahme einer abhängigen Beschäftigung, es besteht jedoch ausdrücklich die Möglichkeit, dass die zuständige Ausländerbehörde hiervon eine Ausnahme macht und die Beschäftigung erlaubt.

### **5. Liegt es im freien Ermessen der Behörde, für einen Aufenthaltstitel nach [§ 24 AufenthG](#) eine Beschäftigung zu erlauben?**

Nach Art. 12 der Massenzustromrichtlinie gestatten die Mitgliedstaaten Personen, die vorübergehenden Schutz genießen, die Ausübung einer abhängigen oder selbständigen Erwerbstätigkeit nach für den jeweiligen Berufsstand geltenden Regeln sowie von Tätigkeiten in Bereichen wie z. B. Bildungsangebote für Erwachsene, berufliche Fortbildung und praktische Erfahrungen am Arbeitsplatz. Diese Vorgaben des europäischen Rechts dürften das Ermessen der Ausländerbehörden auf die Pflicht zur Erteilung eines Aufenthaltstitels mit der Erlaubnis zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit reduzieren.

### **6. Muss die Bundesagentur für Arbeit einer Erteilung der Arbeitserlaubnis zustimmen?**

Nach der Massenzustromrichtlinie können die Mitgliedstaaten EU-Bürgern,

04/ 2022

Staatsangehörigen der Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sowie Drittstaatsangehörigen mit rechtmäßigem Aufenthalt, die Arbeitslosengeld beziehen, aus Gründen der Arbeitsmarktpolitik Vorrang einräumen. Davon hat die Bundesrepublik jedoch keinen Gebrauch gemacht. Nach § 31 der Beschäftigungsverordnung bedarf die Erteilung der Erlaubnis zur Beschäftigung an Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltserlaubnis, die nach [§ 24](#) des Aufenthaltsgesetzes erteilt worden ist, keiner Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit.

## **7. Was ist zu tun, ist eine Beschäftigung auch ohne Aufenthaltstitel möglich?**

Nein, auch für ohne weiteres aufenthaltsberechtigte ukrainische Kriegsflüchtlinge gilt: Eine Beschäftigung ohne Aufenthaltstitel, der die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ausdrücklich erlaubt, ist unzulässig und strafbar! Bei der zuständigen Ausländerbehörde kann jedoch unbürokratisch ein Aufenthaltstitel mit Erwerbsberechtigung beantragt werden.

## **8. Was gilt es insoweit zu beachten?**

Hierbei sollte unbedingt beachtet werden, dass der Aufenthaltstitel mit integrierter Arbeitserlaubnis zwingend vor Arbeitsbeginn vorliegen muss! Das Bundesinnenministerium hat den Ländern dringend empfohlen, bereits bei Erteilung der Aufenthaltserlaubnis in den Aufenthaltstitel einzutragen, dass die Beschäftigung erlaubt ist (vgl. [https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/AsylFluechtlingsschutz/faq-ukraine.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=17](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/AsylFluechtlingsschutz/faq-ukraine.pdf?__blob=publicationFile&v=17)).

## **9. Was gilt für Fachkräfte?**

Auch Fachkräfte, d.h. Personen, die eine Berufsausbildung/Universitätsabschluss haben, können alternativ zu dem humanitären Aufenthaltstitel nach [§ 24 AufenthG](#) einen Aufenthaltstitel erlangen: Voraussetzung ist allerdings u.a., dass die Berufsausbildung bzw. Hochschulabschluss als mit dem deutschen Abschluss / Ausbildung gleichwertig anerkannt ist.

### **AUTOR(EN)**

#### **Steffen Pasler**

Rechtsanwalt

Fachanwalt für Arbeitsrecht, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht

Mail: [rostock@etl-rechtsanwaelte.de](mailto:rostock@etl-rechtsanwaelte.de)

#### **Katrin-C. Beyer**

Rechtsanwältin

Fachanwältin für Medizinrecht

Mail: [koeln@etl-rechtsanwaelte.de](mailto:koeln@etl-rechtsanwaelte.de)

## Energiekosten steigen rasant

Bundesregierung plant Maßnahmenpaket zur Entlastung der Verbraucher

Corona-Krise, Krieg in der Ukraine, Lieferprobleme bei Öl und Gas: Die Energiepreise gehen aktuell „durch die Decke“! Das hat auch Auswirkungen auf die Betriebskosten für Mietwohnungen und Wohneigentum. Die Anbieter haben bereits die Abschlagszahlungen für Strom und Gas erhöht, Vermieter ziehen mit einer Erhöhung der Betriebskostenvorauszahlungen nach. Und auch die Benzinpreise sind in ungeahnte Höhen geklettert. Lag der Preis für einen Liter Super E10 im Januar 2022 noch bei durchschnittlich ca. 1,68 Euro, waren es im Monatsmittel Februar bereits ca. 1,75 je Liter. Explodiert sind die Preise für Erdgas und sonstige Kraftstoffe jedoch erst im März 2022. Der Preis für Superbenzin betrug hier schon durchschnittlich 2,07 Euro je Liter. Im Einzelfall waren die Preise an der jeweiligen Zapfsäule jedoch mitunter deutlich höher.

### Bundesregierung versucht gegenzusteuern

Das Bundeswirtschaftsministerium hat bereits am 30. März 2022 die Frühwarnstufe des Notfallplans Gas ausgerufen, um die Versorgung sicherzustellen bzw. die vorhandenen Reserven effizient zu nutzen. Zudem hat die Bundesregierung als Ergebnis des Koalitionsausschusses vom 23. März 2022 ein Maßnahmenpaket des Bundes zum Umgang mit den hohen Energiekosten bekanntgegeben.

### Die folgenden Maßnahmen sind derzeit geplant:

- Diversifizierung der Energiequellen
- Wettbewerbs- und Ordnungsrahmen stärken
- Verbrauch senken und Energieeffizienz steigern
- Bürgerinnen und Bürger entlasten

Um jeden Einzelnen zu entlasten, wurden bereits konkrete Vorschläge unterbreitet. Dazu gehören eine Energiepreispauschale, ein Familienzuschuss, eine Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe für 3 Monate und ein 90-Tage ÖPNV-Ticket für 9 Euro je Monat.

### Energiepreispauschale

Es ist geplant, einmalig eine pauschale Zahlung in Höhe von 300 Euro an alle einkommensteuerpflichtigen Erwerbstätigen einzuführen (Energiepreispauschale). Die Auszahlung soll bei Arbeitnehmern als Zuschuss über die Lohnabrechnung des Arbeitgebers erfolgen. Allerdings soll die Pauschale steuerpflichtig sein und (vermutlich) als sonstige Einkünfte der Einkommensteuer unterliegen. Bei Selbständigen soll der Zuschuss über eine einmalige Senkung ihrer Einkommensteuer-Vorauszahlung gezahlt werden. Für Nichterwerbstätige, also insbesondere für Rentner ist bisher keine Zahlung einer Energiepreispauschale geplant.

04/ 2022

**Hinweis:** Möglichst noch in diesem Jahr soll ein Auszahlungsweg über die Steuer-ID für das geplante Klimageld entwickelt werden, um Direktzahlungen an die Bürger zu ermöglichen.

## **Familienzuschuss und Einmalzahlung für Empfänger von Transferleistungen**

Für jedes Kind soll ergänzend zum Kindergeld ein Einmalbonus in Höhe von 100 Euro ausgezahlt werden. Und auch für Empfänger von Sozialleistungen soll die Einmalzahlung von 100 Euro um weitere 100 Euro pro Person auf dann 200 Euro erhöht werden.

## **Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe für 3 Monate**

Die Energiesteuer auf Kraftstoffe soll auf das europäische Mindestmaß abgesenkt werden. Damit reduziert sich der Steueranteil bei Diesel voraussichtlich um 14 Cent pro Liter und bei Benzin um 29 Cent pro Liter.

## **9 Euro/Monat für 90 Tage ÖPNV**

Vermutlich bereits ab 1. Mai 2022 soll für 90 Tage ein Ticket für 9 Euro/Monat („9 für 90“ bzw. zutreffender „9 für 30“ oder „27 für 90“) eingeführt werden.

**Hinweis:** Dieser Vorschlag ist bereits auf deutliche Kritik gestoßen, wie die Tageschau berichtete. Sofern die Preissenkung auch für Abonnenten gilt, könnte die unveränderte Fortzahlung des Zuschusses zum Jobticket teilweise zu steuer- und beitragspflichtigem Arbeitslohn führen.

## **Ausblick**

Bislang handelt es sich erst einmal nur um Vorschläge für ein Maßnahmenpaket des Bundes zum Umgang mit den hohen Energiekosten. Entwürfe für eine gesetzliche Umsetzung gibt es nicht. Die Maßnahmen erscheinen teilweise auch noch nicht ganz ausgereift zu sein und werfen viele Fragen auf. Auch wenn die Bundesregierung noch keinen konkreten Zeitplan zur Umsetzung der Maßnahmen vorgelegt hat, dürfte es aufgrund der rasanten Entwicklung in Kürze hierzu weitere Details geben, über die wir hier gern berichten werden.

## **Zinslose Stundung der Sozialversicherungsbeiträge beantragen**

**GKV-Spitzenverband erleichtert Stundung der Sozialversicherungsbeiträge für Februar bis April 2022**

Trotz aller Lockerungen sind die Corona-Folgen noch bei vielen Unternehmen spürbar. Die Umsätze normalisieren sich erst allmählich und nach wie vor ist die ausreichende Liquidität ein Thema.

04/ 2022

Dies betrifft vor allem diejenigen Unternehmen, die zwar Überbrückungshilfen und andere Coronahilfen beantragt, jedoch noch keine Zahlungen erhalten haben. Wie schon in den ersten beiden Corona-Jahren können auch aktuell Sozialversicherungsbeiträge zinslos gestundet werden.

Unternehmen, die sich aufgrund eines ausstehenden Zuflusses der für sie bereitgestellten Corona-Wirtschaftshilfen in ernsthaften Zahlungsschwierigkeiten befinden, können noch die Stundung der Sozialversicherungsbeiträge für den Monat April 2022 beantragen. Dabei sind die Anträge bis zum 27. April 2022 zu stellen.

Eine Stundung ist bis spätestens zum Fälligkeitstag für die Sozialversicherungsbeiträge des Monats Mai 2022, also bis zum 27. Mai 2022 möglich. Wer also für die Beiträge der Monate Februar bis Mai 2022 die Stundung beantragt hat, muss im Mai 2022 dann für vier Monate die Sozialversicherungsbeiträge zahlen.

**Hinweis:** Die Stundung gilt auch für Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung für freiwillig krankenversicherte Arbeitnehmer, die vom Arbeitgeber im sog. Firmenzahlverfahren abgeführt werden.

## **Stundungszinsen fallen nicht an**

Normalerweise fallen Stundungszinsen an. Wegen Corona werden diese jedoch im vereinfachten Verfahren nicht erhoben und es werden – in der Regel – auch keine Sicherheitsleistungen verlangt. Auch bestehende Ratenzahlungsvereinbarungen können für den entsprechenden Zeitraum entsprechend angepasst werden, wenn Unternehmen angesichts der aktuellen Situation diese nicht oder nicht vollständig erfüllen können.

## **Wirtschaftshilfen müssen vorrangig genutzt werden**

Voraussetzung ist allerdings, dass weiterhin die Nutzung von Wirtschaftshilfen vorrangig ist und auch Kurzarbeitergeld vorrangig beantragt werden muss, bevor ein Stundungsantrag gestellt werden kann. Wurde Kurzarbeitergeld beantragt, so ist zu beachten, dass seit dem 1. Januar 2022 die Sozialversicherungsbeiträge bei Kurzarbeit nur noch hälftig (Arbeitnehmer-Anteil) erstattet werden.

**Hinweis:** Die hälftige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge bei Kurzarbeit war zunächst bis einschließlich März 2022 befristet, sie wurde aber inzwischen auf Ende Juni 2022 verlängert.

Mit der Erstattung der Beiträge durch die Bundesagentur für Arbeit wird damit das Stundungsverfahren nicht mehr in Gänze beendet, sondern nur für den erstatteten Teil der Sozialversicherungsbeiträge.



04/ 2022

Für diesen Anteil gilt weiterhin, dass die Beiträge unverzüglich nach Erstattung durch die Bundesagentur für Arbeit an die Einzugsstellen weiterzuleiten sind. Der Beitragsanteil, der nicht von der Bundesagentur für Arbeit erstattet wird, kann jedoch gestundet werden.

## Neues Urteil des BSG - alle Minderheits-Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH sozialversicherungspflichtig?

Die Sozialversicherungspflicht eines Geschäftsführers einer GmbH wurde vom Bundessozialgerichts (BSG) grundlegend neu bewertet. Während früher die tatsächlichen Verhältnisse (Fachwissen – familiäre Beziehungen) eine entscheidende Rolle spielten, sind nach aktueller Rechtsprechung allein die Satzung, die Stellung als Geschäftsführer und der Geschäftsführer-Anstellungsvertrag maßgeblich. Die Betriebsprüfung der Deutschen Rentenversicherung prüft in jeder(!) Betriebsprüfung den sozialrechtlichen Status der Geschäftsführer der GmbH. In der neusten Entscheidung des BSG wird nunmehr angedeutet, dass in der Praxis ausnahmslos alle Minderheits-Gesellschafter-Geschäftsführer als sozialversicherungspflichtig anzusehen sind.

Das BSG hat mit Urtr. v. 01.02.2022 – [B 12 KR 37/19 R](#) – zur Frage der Sozialversicherungspflicht eines Minderheits-Geschäftsführers einer GmbH entschieden:

*„Das dem Kläger eingeräumte Sonderrecht zur Geschäftsführung ändert daran nichts. Es verhindert zwar seine jederzeitige Abberufung als Geschäftsführer und schränkt womöglich Weisungen im Bereich der gewöhnlichen Geschäftsführung ein, überträgt ihm aber nicht eine Gestaltungsmacht, kraft derer er auf alle Gesellschafterentscheidungen und damit auf die gesamte Unternehmenspolitik Einfluss nehmen könnte.“*

### Ergänzende Hinweise des Anwalts für Sozialversicherungsrecht

Das mit Gründen versehene Urteil des BSG liegt noch nicht vor (Stand: 28.3.2022). Es liegt allein der Terminbericht vor. Der Geschäftsführer war mit einem Kapitalanteil von 49 % an der klagenden GmbH beteiligt. Beschlüsse in der Gesellschafterversammlung der klagenden GmbH wurden mit einfacher Mehrheit gefasst. Dem Geschäftsführer war im Gesellschaftsvertrag das Sonderrecht eingeräumt, für die Dauer seiner Beteiligung einzelvertretungsberechtigter Geschäftsführer zu sein oder einen solchen zu benennen. Der Geschäftsführer konnte damit seine jederzeitige Abberufung als Geschäftsführer verhindern.

04/ 2022

Dieses Urteil wurde vom Präsidenten des Bundessozialgerichts und Vorsitzenden Richter des ersten und großen Senats des BSG, Herrn Prof. Dr. Schlegel, am 15.03.2022 dahingehend interpretiert, dass es ein weiteres Grundsatzurteil sei. Das BSG fordere statt bisher einer umfassenden Verhinderungsmacht (Sperrminorität) nunmehr eine umfassende Gestaltungsmacht des Minderheits-Geschäftsführers einer GmbH. Es reiche nicht mehr aus, dass der Minderheits-Geschäftsführers einer GmbH alle Entscheidungen in der Gesellschafterversammlung verhindern kann. Er müsse vielmehr aktiv Entscheidungen herbeiführen können.

Es sollte daher unverzüglich für alle Minderheits-Geschäftsführers einer GmbH gehandelt werden. Es wird fachkundige Unterstützung von spezialisierten Anwälten dringend angeraten. Wir helfen Ihnen gerne – bundesweit!

#### **AUTOR(EN)**

**Raik Pentzek**

Rechtsanwalt

Fachanwalt für Sozialrecht

Mail: [rostock@etl-rechtsanwaelte.de](mailto:rostock@etl-rechtsanwaelte.de)

## **Überholen bei durchgezogener Linie? Geht das?**

OLG Hamm, Beschl. v. 13.07.2021, Az. / U 66/20

Die Fahrstreifenbegrenzung oder durchgezogene Linie, wie es offiziell heißt, ist allgemein bekannt. Bekannt ist auch, dass eine Begrenzungslinie nicht – auch nicht teilweise – überfahren werden darf. Weniger bekannt ist allerdings, dass eine durchgezogene Linie nicht zwingend auch ein Überholverbot bedeutet. Einem Beschluss des OLG Hamm zufolge, darf unter bestimmten Voraussetzungen jedoch auch bei Vorhandensein einer durchgezogenen Linie überholt werden.

### **Welchen Zweck hat eine durchgezogene Linie?**

Eine durchgezogene ununterbrochene Linie grenzt den für den Gegenverkehr bestimmten Teil der Fahrbahn ab. In der Folge darf nur rechts von ihr gefahren werden und ein Überholen ist nur innerhalb der abgegrenzten Fahrbahnhälfte zulässig. Die andere, abgegrenzte Fahrbahnhälfte darf hierfür nicht in Anspruch genommen werden. (OLG München, Endurteil v. 15.03.2019, [Az. 10 U 2655/18](#)). Da Verkehrszeichen und damit d.h. auch Fahrbahnmarkierungen (vgl. [§ 39 Abs. 5 S. 1 StVO](#)), so gestaltet sein müssen, dass sie für einen Verkehrsteilnehmer mit durchschnittlicher Aufmerksamkeit durch einen beiläufigen Blick deutlich erkennbar sind, entfaltet eine durchgezogene Linie nur dann Rechtswirksamkeit, wenn sie auch mit einem beiläufigen Blick erkennbar ist. (LG Offenburg, Urt. v. 21.09.2020, Az. 2 O 34/19).

04/ 2022

## Entspricht das Verbot zum Überfahren der Linie einem Überholverbot?

Da innerhalb der abgegrenzten Fahrbahnfläche überholt werden darf, verstößt ein Überholen, selbst wenn damit ein Überfahren der durchgezogenen Linie verbunden ist, nicht gegen das Überholverbot des [§ 5 StVO](#), wohl aber gegen das Verbot, Fahrstreifenbegrenzungen zu überfahren, [§ 41 StVO](#), was mit einem Verwarngeld von 30 EUR geahndet wird. Es darf nur dann überholt werden, wenn der vorgeschriebene Abstand zu anderen Verkehrsteilnehmern dabei nicht unterschritten wird. Bei einer engen Fahrbahn kann eine durchgezogene Linie daher als „faktisches Überholverbot“ gewertet werden (vgl. BGH, Urt. v. 28.04.1987, [Az. VI ZR 66/86](#)).

## Faktische und echte Überholverbote sind vergleichbar!

Auch wenn eine durchgezogene Linie als solche nicht mit einem Überholverbot gleichgesetzt werden kann, leitet die Rechtsprechung aus ihrem Vorhandensein sowohl eine Schutzfunktion für vorausfahrende als auch für entgegenkommende Verkehrsteilnehmer ab. So müssten z.B. vorausfahrende Verkehrsteilnehmer auf engen Fahrbahnen nicht damit rechnen, dass ein nachfolgender Fahrer sich verkehrswidrig verhält und zum Überholen ansetzt, wenn die durchgezogene Linie hierzu überfahren werden muss. Dies gilt insbesondere bei unklarer Verkehrslage, wenn nach allen gegebenen Umständen mit einem ungefährlichen Überholvorgang nicht gerechnet werden darf (s.a. OLG Düsseldorf, Beschl. 30.10.1995, Az. 5 Ss (OWi) 345/95 – (OWi) 157/95 I); Beschl. v. 30.03.1994, Az. 5 Ss (OWi) 65/94 – (OWi) 61/94 I). Wer in einer Kolonne, z.B. hinter einem langsam fahrenden Fahrzeug fährt, darf – ungeachtet des faktischen Überholverbots – daher insbesondere dann nicht zum Überholen ausscheren, wenn unklar ist, wie sich der Fahrer eines vorausfahrenden Fahrzeugs verhalten und was er als nächsten Schritt unternehmen wird (OLG Hamm, Urt. v. 09.07.2013, [Az. 9 U 191/12](#)).

## Was kostet das Überfahren einer durchgezogenen Linie?

Das einfache Überfahren der durchgezogenen Linie, d.h. der Fahrstreifenbegrenzung, wird mit 10 Euro geahndet. Kommt es zu einem Unfall, sind 35 Euro fällig. Einen Punkt gibt es nicht.

## Fazit und Zusammenfassung

Das Vorhandensein einer durchgezogenen Linie bedeutet für sich alleine noch kein Überholverbot im Rechtssinne. Dessen ungeachtet dient eine durchgezogene Linie sowohl dem Schutz des entgegenkommenden als auch des nachfolgenden Verkehrs. Wo eine durchgezogene Linie zum Überholen überfahren werden muss, führt ihr Vorhandensein – nicht nur bei unübersichtlichen Verkehrsverhältnissen oder beengten Straßen zu einem faktischen Überholverbot.

04/ 2022

Wer in einer solchen Situation zum Überholen ansetzt und in einen Unfall verwickelt wird, kann wegen verkehrswidrigen Überfahrens der Fahrstreifenbegrenzung beim Überholen, [§ 41 StVO](#), belangt werden. Haftungsrechtlich muss er sich ein entsprechendes Mitverschulden zurechnen lassen und bleibt im Zweifel auf einem Teil des Schadens sitzen.

#### UTOR(EN)

**Dr. Wolf-Henning Hammer**

Rechtsanwalt

Mail: [zentrale@kanzlei-voigt.de](mailto:zentrale@kanzlei-voigt.de)

#### Ihre Steuerberatungskanzlei

#### ETL - Litz ADVISION GmbH

Steuerberatungsgesellschaft  
Saarbrücker Straße 13a  
66564 Ottweiler

Telefon: (06824) 9316-0  
Fax: (06824) 9316-11

Ein Unternehmen der ETL-Gruppe

Die Erarbeitung des Newsletters erfolgt mit großer Sorgfalt. Eine Haftung kann dafür jedoch nicht übernommen werden.